
Hamburg, 7. September 2010

Gerecht geht wirklich anders!

Seit 1992 sind (ohne Ausgliederungen und Verlagerungen) im Durchschnitt ca. 30 % des Personals der Freien und Hansestadt Hamburg abgebaut worden. Sollten die verkündeten Haushaltskürzungen des Senats von 250 Mio. in Behörden und Ämtern umgesetzt werden, sind es noch einmal 5% weniger Beschäftigte.

Um die Gestaltungsspielräume wieder zu gewinnen“ muss die Stadt ihre Pflichtausgaben drastisch reduzieren. Dies bedeutet Personalabbau, Gehaltskürzungen und Abbau öffentlicher Dienstleistungen.“(Beschluss der GAL vom 22.08.2010)

Dagegen muss Widerstand geleistet werden.

Wie konnte es dazu kommen?

Im Jahre 1983 hielt der damalige Bürgermeister *Klaus von Dohnanyi (SPD)* vor den Gästen des Hamburger Überseeclubs einen vielbeachteten Vortrag mit dem Titel „Unternehmen Hamburg“. Die Stadt, so Dohnanyi, müsse auf dem Weg von der der Industrie- in die Wissensgesellschaft wie ein Unternehmen agieren, das seiner Kundschaft – sprich den Unternehmen, die es anlocken möchte – ein entsprechendes Umfeld bietet. Hamburg dürfe nicht als Standort gelten, an dem „die sozial Schwächeren zwar ihre Chance haben, aber die sozial Starken, also die Besserverdienenden, das heißt, die kräftigeren Steuerzahler, sich abgewiesen fühlen,“ warnte der Bürgermeister.

Dohnanyis Idee von der Stadt als Unternehmen prägt die städtische Politik bis heute

Das Ergebnis, bezieht man es auf die Beschäftigten der FHH: Vernichtete Arbeitsplätze, Arbeitsverdichtung und finanzielle Einbußen.

Betrachtet man es von Seiten der Mehrheit der Hamburger Bevölkerung, die Dohnanyi und seine Nachfolger nicht als so wichtig erachten bedeutet dies: Schlechtere Versorgung, höhere Gebühren und Sozialabbau.

Finanzen sind kein Argument

Finanzen und Öffentliche Einnahmen sind Ergebnis politischer Entscheidungen.

Die geplante Streichung der Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte oder die Erhöhung der KITA-Gebühren sind nicht unvermeidbar.

- Bitte wenden -

Solange der Hamburger Senat z.B. darauf verzichtet eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu ergreifen, um nur ein Beispiel zu nennen, fehlt jede Berechtigung die Kassenlage als unabdingbar darzustellen.

Die „Schuldenbremse“, die vor allem die Kommunen erdrosselt ist ebenso eine Fehlentscheidung. Nur die LINKE. stimmte im Bundestag dagegen.

Dabei zeigt sich der Senat an anderer Stelle keineswegs knauserig. Die Elbphilharmonie mit ihren nach oben hin offenen 323 Millionen Baukosten ist das prominenteste Beispiel. Rund ein Jahr nach der Finanzkrise und mitten im öffentlichen Lamento über die Elbphilharmonie fiel der Startschuss für einen „Boulevard mit perfektem Blick auf die Elbphilharmonie, wie BILD-Hamburg vom 30.12.2009 jubelte.

Die Linksfraktion in der Bürgerschaft stellt am 25.08.2010 den Antrag an den Senat sich für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 44% und der sog. Reichensteuer auf 47% einzusetzen. (Drs. 19/6971). Dies wurde von CDU und GAL abgelehnt, obwohl noch wenige Wochen vorher Ole von Beust versprochen hatte, sich genau dafür einzusetzen.

Menschenkette am 30. September 2010

Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen richtig die von ver.di initiierte Menschenkette am 30. September 2010 (17.00 – 17.30 Uhr) von der Elbphilharmonie zur Finanzbehörde am Gänsemarkt zu unterstützen.

Dies kann natürlich nur ein Auftakt sein, sollen Senat und Bundesregierung mit ihren unsozialen Kürzungsprogrammen beeindruckt werden. Gerecht geht wirklich anders.

Betriebsgruppe DIE LINKE. Öffentlicher Dienst Hamburg AG betrieb & gewerkschaft in DIE LINKE. Hamburg

Einladung:

Treffen der Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst Hamburg DIE LINKE.

Mittwoch, den 15. September 2010 18.00 Uhr Curienstr. 2 20095 Hamburg

Treffen der AG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE.

Dienstag, den 21. September 2010 19.00 Uhr Curienstr. 2 20095 Hamburg

(beide Veranstaltungen auf Einladung von Kersten Artus MdHB)
(beide Veranstaltungen auf Einladung von Kersten Artus MdHB)